

Mitteilungen der Bauhaus-Universität Weimar

AKADEMISCHE ORDUNGEN

| | | |
|---|---|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Der Präsident <input type="checkbox"/> Der Kanzler | Prüfungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang European Urban Studies mit dem Abschluss Master of Science (M. Sc.) | Ausgabe 11/2018 |
| | erarb. Dez./Einheit Telefon Fak. AuU 3113 | Datum 30. Mai 2018 |

Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 34 Abs. 3 des Thüringer Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016 (GVBl. Seite 437) erlässt die Bauhaus-Universität Weimar folgende Prüfungsordnung für den Studiengang European Urban Studies mit dem Abschluss Master of Science (M. Sc.).

Der Rat der Fakultät Architektur und Urbanistik hat am 14. Februar 2018 die Prüfungsordnung beschlossen.

Der Präsident der Bauhaus-Universität Weimar hat mit Erlass vom 4. April 2018 die Ordnung genehmigt.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|------|--|
| § 1 | Geltungsbereich |
| § 2 | Zweck der Master-Prüfung |
| § 3 | Abschluss des Studiums |
| § 4 | Regelstudienzeit |
| § 5 | Aufbau der Prüfungen |
| § 6 | Fristen |
| § 7 | Prüfungsausschuss |
| § 8 | Prüfer |
| § 9 | Schriftliche Prüfungsleistungen |
| § 10 | Mündliche Prüfungsleistungen |
| § 11 | Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie außerhochschulischer Kompetenzen |
| § 12 | Bewertung von Prüfungsleistungen und Bildung der Gesamtnote |
| § 13 | Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsversuch |
| § 14 | Bestehen und Nichtbestehen |
| § 15 | Wiederholung von Prüfungen |
| § 16 | Nachteilsausgleich |
| § 17 | Zulassung zur Masterarbeit |
| § 18 | Masterarbeit |
| § 19 | Abgabe und Bewertung der Masterarbeit |
| § 20 | Wiederholung der Masterarbeit |
| § 21 | Zeugnis und Masterurkunde |
| § 22 | Ungültigkeit von Modulprüfungen und der Master-Prüfung |
| § 23 | Einsicht in die Prüfungsakten |
| § 24 | Widerspruchsverfahren |
| § 25 | Gleichstellungsklausel |
| § 26 | Inkrafttreten |

Anlage 1: Studienplan

§ 1 – Geltungsbereich

Diese Ordnung regelt die Prüfungen im Masterstudiengang European Urban Studies an der Bauhaus-Universität Weimar. Sie gilt in Verbindung mit der Studienordnung für den Studiengang European Urban Studies.

§ 2 – Zweck der Master-Prüfung

Die Master-Prüfung ist der Abschluss des Studiums European Urban Studies. Sie besteht aus den studienbegleitenden Modulprüfungen, der Masterarbeit und deren Verteidigung. Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat die Zusammenhänge der im Studium vermittelten Methoden und Inhalte überblickt, und die Fähigkeit besitzt, mit wissenschaftlichen Kenntnissen Aufgabenstellungen auch fachübergreifend zu bearbeiten.

§ 3 – Abschluss des Studiums

Ist die Master-Prüfung bestanden, verleiht die Bauhaus-Universität Weimar den akademischen Grad eines Master of Science (M. Sc.).

§ 4 – Regelstudienzeit

(1) Die Regelstudienzeit beträgt vier Semester. Die Studien- und die Prüfungsordnung stellen sicher, dass das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.

(2) Während des Studiums müssen 120 Leistungspunkte aus dem Pflicht- und Wahlbereich einschließlich der Masterarbeit und deren Verteidigung erbracht werden. Hierfür gilt der Studienplan gemäß Anlage 1.

§ 5 – Aufbau der Prüfungen

Module werden in der Regel nur mit einer Prüfungsleistung abgeschlossen. In Einzelfällen (z. B. semesterübergreifende Module) können sie sich aus Prüfungen in einem Prüfungsfach oder in einem fachübergreifenden Prüfungsgebiet zusammensetzen. Art und Umfang der zu erbringenden Prüfungsleistungen werden im Modulkatalog festgelegt.

§ 6 – Fristen

(1) Für die Durchführung von Prüfungen wird spätestens zu Beginn des jeweiligen Semesters ein Prüfungszeitraum festgesetzt. Prüfungen, die außerhalb dieses Zeitraumes stattfinden sollen, bedürfen der Zustimmung durch den Prüfungsausschuss.

(2) Der Prüfungsausschuss hat sicherzustellen, dass die Prüfungsleistungen gemäß dem geltenden Studienablaufplan abgelegt werden können. Zu diesem Zweck soll der Kandidat rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Prüfungsleistungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, informiert werden. Dem Kandidaten sind für die Prüfungen auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekannt zu geben.

(3) Zu den Prüfungen besteht Anmeldepflicht. Die Anmeldung zur jeweiligen Prüfung erfolgt automatisch mit der Einschreibung für die Lehrveranstaltung. Ein Rücktritt von der Einschreibung zur Lehrveranstaltung ist in der Regel innerhalb von 2 Wochen nach Beginn der Einschreibung möglich. Ein Rücktritt von der Anmeldung zur Prüfung ist in der Regel bis zwei Wochen vor Beginn des Prüfungszeitraumes möglich. Bei fristgerechtem Rücktritt von einer Prüfung erfolgt eine automatische Anmeldung für den nächstmöglichen Prüfungstermin.

(4) Ist die Masterarbeit nicht bis zum Ende des 6. Fachsemesters erfolgreich verteidigt, so ist sie endgültig „nicht bestanden“, es sei denn, der Kandidat hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

§ 7 – Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation des Studiums und der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Er wird vom Fakultätsrat bestellt. Der Prüfungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern: drei Hochschullehrern, einem akademischen Mitarbeiter und einem Studierenden. Die Amtszeit beträgt drei Jahre; für studentische Mitglieder ein Jahr. Eine Wiederbestellung ist möglich.

(2) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter das für den Vorsitz gewählte Mitglied oder sein Vertreter, anwesend sind.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Masterarbeit sowie über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Studienordnung und der Prüfungsordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen beizuwohnen.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 8 – Prüfer

(1) Zu Prüfern können nur Hochschullehrer (gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 1 Thüringer Hochschulgesetz) und andere nach § 48 Abs. 2 und 3 des ThürHG prüfungsberechtigte Personen bestellt werden, die, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfungsleistung bezieht, eine eigenverantwortliche, selbstständige Lehrtätigkeit ausgeübt haben oder ausüben.

(2) Der Kandidat kann für die Betreuung der Masterarbeit, deren Begutachtung und Bewertung sowie deren Verteidigung (mündliche Prüfung) den Prüfer oder eine Gruppe von Prüfern vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch.

(3) Die Namen der Prüfer sollen dem Kandidaten rechtzeitig bekannt gegeben werden, in der Regel 14 Tage vor der Prüfung.

(4) Die Masterarbeit wird vor einer Prüfungskommission verteidigt. Sie besteht aus mindestens zwei Personen, von denen einer Hochschullehrer sein muss, ein Prüfer kann wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fakultät sein. Der Betreuer der Masterarbeit muss ein Hochschullehrer der Fakultät Architektur und Urbanistik sein, er ist gleichzeitig Erstgutachter und Mitglied der Prüfungskommission. Als Zweitgutachter und Zweitbetreuer können auch wissenschaftliche Mitarbeiter der Fakultät Architektur und Urbanistik, Hochschullehrer anderer Fakultäten der Bauhaus-Universität Weimar oder anderer Hochschulen bestellt werden, wenn es die Thematik der Masterarbeit als sinnvoll erscheinen lässt. Der Kandidat kann für den Zweitgutachter einen Vorschlag einreichen. Ein Rechtsanspruch auf Bestellung eines bestimmten Gutachters besteht nicht.

(5) Für die Prüfer gilt § 7 Abs. 4 entsprechend.

§ 9 – Schriftliche Prüfungsleistungen

(1) In den Klausurarbeiten (mit Testat oder Note) soll der Kandidat nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden seines Faches ein Problem erkennen und Wege zu seiner Lösung finden kann. Der Prüfer kann dem Kandidaten Themen zur Auswahl stellen. Die Dauer der Klausurarbeiten beträgt in der Regel bis zu drei Stunden.

Die Bauhaus-Universität erhält das Recht, schriftliche Arbeiten einschließlich der Masterarbeit in Teilen oder vollständig für eigene, nichtkommerzielle Zwecke der Lehre und Forschung in beliebigen Medien unter Nennung des Verfassers zu verwenden und zu veröffentlichen. Die urheberrechtlichen Ansprüche des Verfassers bleiben im Übrigen unberührt.

§ 10 – Mündliche Prüfungsleistungen

- (1) In den mündlichen Prüfungsleistungen soll der Kandidat nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag.
- (2) Ferner soll festgestellt werden, ob der Kandidat über ein vertieftes Fachwissen verfügt. Die Prüfungsleistungen sollen vor mindestens zwei Prüfern, von denen mindestens einer Hochschullehrer sein soll, bzw. einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt werden.
- (3) Die Dauer der mündlichen Prüfungsleistungen je Kandidat soll in der Regel mindestens 15 Minuten, aber höchstens 45 Minuten betragen.
- (4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungsleistungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Kandidaten jeweils im Anschluss an die mündlichen Prüfungsleistungen bekannt zu geben. Dem Kandidaten ist auf seinen Antrag hin Einsicht in das ihn betreffende Protokoll zu gewähren.
- (5) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, der Kandidat widerspricht. Die Zulassung als Zuhörer erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an den Kandidaten.

§ 11 – Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie außerhochschulischer Kompetenzen

- (1) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Praxissemester, die an einer anderen in- oder ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder in anderen Studiengängen derselben Hochschule erbracht wurden, sind anzurechnen, soweit keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse) nachgewiesen werden. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (2) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis ist zulässig.
- (3) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Der Kandidat hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- (4) Einschlägige berufspraktische bzw. außerhochschulisch erworbene Kompetenzen können nach Maßgabe des § 48 Abs. 10 des Thüringer Hochschulgesetzes mit bis zu 50 % der zu erwerbenden Leistungspunkte vom zuständigen Prüfungsausschuss anerkannt werden. Die Anerkennung von berufspraktischen Tätigkeiten erfordert die Vorlage aussagefähiger Unterlagen, die die bisherige berufliche Tätigkeit reflektieren. In Einzelfällen kann der Prüfungsausschuss die Anerkennung von einer Einstufungsprüfung abhängig machen.
- (5) Ablehnende Entscheidungen sind schriftlich zu begründen. Die Beweislast, dass ein Antrag nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, liegt bei der die Bewertung durchführenden Stelle.

§ 12 – Bewertung von Prüfungsleistungen und Bildung der Gesamtnote

(1) Die Noten der Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgelegt. Für die Bewertung sind folgende Zehntelnoten zu verwenden:

| | | |
|-----------|-------------------|---|
| 1,0 - 1,5 | sehr gut | eine hervorragende Leistung |
| 1,6 - 2,5 | gut | eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt |
| 2,6 - 3,5 | befriedigend | eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht |
| 3,6 - 4,0 | ausreichend | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt |
| > 4,0 | nicht ausreichend | eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt |

(2) Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen (Teilprüfungen), errechnet sich die Note aus der Summe der über die Leistungspunkte gewichteten Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(3) Für die Master-Prüfung wird eine Gesamtnote gebildet. Es gilt sinngemäß Abs. 2. Die Gesamtnote der Master-Prüfung errechnet sich wie folgt:

Die studienbegleitenden Prüfungsleistungen werden über die Anzahl der Leistungspunkte gewichtet zu 40 % in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Die Masterarbeit einschließlich deren Verteidigung wird mit 60 % gewichtet.

(4) Die deutschen Noten werden durch eine ECTS-Note nach folgendem Schema ergänzt:

| | |
|-----------|---|
| ECTS-Note | Anteil der erfolgreichen Studierenden, die diese Note in der Regel erhalten |
| A | die besten 10 % |
| B | die nächsten 25 % |
| C | die nächsten 30 % |
| D | die nächsten 25 % |
| E | die nächsten 10 % |
| F | Prüfung wurde nicht bestanden |

Sofern die zu Grunde liegenden Kohorten keine ausreichend verlässliche Basis zur Ermittlung der relativen Noten bieten, werden diese nicht ausgewiesen.

§ 13 – Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung (auch Teilprüfungsleistungen) gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten bzw. eines von ihm zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen ist ein ärztliches Attest unverzüglich, spätestens jedoch 3 Arbeitstage nach der Prüfung vorzulegen. In Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest gefordert werden. Werden die Gründe anerkannt, gilt der Kandidat als entschuldigt und es wird ein neuer Termin, in der Regel der nächste reguläre Prüfungstermin, anberaumt.

(3) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird diese Prüfungsleistung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer bzw. Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Falle wird die betreffende Prüfungsleistung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(4) Der Kandidat kann innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses verlangen, dass die Entscheidungen nach Abs. 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 14 – Bestehen und Nichtbestehen

(1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn alle Teilleistungen mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurden.

(2) Das Studium wird erfolgreich beendet, wenn sämtliche Modulprüfungen bestanden sind, alle nach der Anlage 1 zu belegenden Pflicht- und Wahlmodule, die nicht durch eine Prüfung abgeschlossen wurden, erfolgreich belegt wurden (Testat erteilt) und die Masterarbeit mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurde.

(3) Der Kandidat hat sich in eigener Verantwortung über das Bestehen bzw. Nichtbestehen seiner Modulprüfungen und ggf. deren Wiederholung zu informieren.

§ 15 – Wiederholung von Prüfungen

(1) Prüfungsleistungen (auch Teilprüfungsleistungen) können bei "nicht ausreichenden" Leistungen zwei Mal wiederholt werden. Ist die Prüfungsleistung nach der zweiten Wiederholung nicht bestanden, gilt diese Prüfung als endgültig nicht bestanden und zieht die Exmatrikulation nach sich. Eine zweite Wiederholung der Thesis ist ausgeschlossen.

(2) Die Wiederholungsprüfungen sind zum nächsten Prüfungstermin (in der Regel am Ende des Folgesemesters) abzulegen. Bei Versäumnis der Wiederholungsfrist wird die Wiederholungsprüfung mit "nicht ausreichend" bewertet, es sei denn, der Kandidat hat das Versäumnis nicht zu vertreten. Nach Entscheidung des Prüfungsausschusses kann der Wiederholungstermin auf einen späteren Zeitpunkt festgelegt werden. Die letztmögliche Wiederholungsprüfung muss spätestens ein Jahr nach der Erstprüfung abgeschlossen sein, es sei denn, der Kandidat hat die Gründe für die Überschreitung nicht zu vertreten.

(3) Wird eine aus mehreren Prüfungsleistungen bestehende Modulprüfung nicht bestanden, so muss ausschließlich die jeweilige Teilprüfung wiederholt werden, deren Ergebnis mit "nicht bestanden" bewertet wurde.

§ 16 – Nachteilsausgleich

(1) Studierende können während des Studiums einen Antrag auf Nachteilsausgleich stellen. Der Nachteil ist glaubhaft zu machen. Hierzu kann ein ärztliches Attest oder in begründeten Einzelfällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attests verlangt werden.

(2) Die Information und Beratung für chronisch kranke und benachteiligte Studierende zu Fragen eines Nachteilsausgleichs leistet die allgemeine Studienberatung.

(3) Ein Antrag auf Nachteilsausgleich ist für jede Prüfungsleistung einzeln zu stellen und jedes Semester neu zu beantragen. Der Antrag auf Nachteilsausgleich soll spätestens vier Wochen vor dem Prüfungszeitraum bei dem jeweiligen Prüfer gestellt werden. Der Antrag wird schriftlich gestellt, die Entscheidung schriftlich mitgeteilt. Der Studierende kann eine bestimmte Form des Ausgleichs vorschlagen. Beratung hierzu leistet die Fachstudienberatung.

§ 17 – Zulassung zur Masterarbeit

(1) Der Kandidat beantragt die Zulassung zur Masterarbeit. Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss oder auf dessen Beschluss der Prüfungsausschussvorsitzende.

(2) Zur Zulassung sind alle erfolgreich abgeschlossenen Studien- und Prüfungsleistungen (siehe Anlage 1) vorzulegen.

§ 18 – Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung abschließt. Sie soll zeigen, dass der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Für die Masterarbeit einschließlich ihrer Verteidigung werden 30 LP vergeben.

(2) Die Masterarbeit wird in Form einer wissenschaftlichen Arbeit erbracht. Die Betreuung der Masterarbeit erfolgt durch zwei Betreuer gem. § 8.

(3) Die Masterarbeit wird in englischer Sprache verfasst. Insofern die Prüfer der Arbeit auch in einer anderen Sprache prüfen können, kann sie auch in einer anderen Sprache verfasst werden. Über die Zulässigkeit anderer Sprachen entscheidet auf Antrag der Prüfungsausschuss.

(4) Die Masterarbeit kann von jedem Professor und Juniorprofessor der Fakultät Architektur und Urbanistik ausgegeben, betreut und bewertet werden. Ein Masterarbeitsthema wird entweder vom Betreuer angeboten oder es ist dem Kandidaten Gelegenheit zu geben, für das Thema der Masterarbeit Vorschläge zu unterbreiten. Ein Rechtsanspruch auf Durchsetzung des Themenvorschlages besteht nicht. Thema, Zeitpunkt der Ausgabe und Bearbeitungszeitraum sind aktenkundig zu machen.

(5) Die Bearbeitungsdauer der Masterarbeit beträgt 14 Wochen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Arbeit sind vom Erstprüfer so zu begrenzen, dass die vorgegebene Frist zur Bearbeitung eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 4 Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(6) In begründeten Fällen kann auf Antrag der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit aus fachlichen Gründen auf insgesamt 18 Wochen verlängern. Krankschreibungen (entsprechend § 13 Abs. 2) von bis zu insgesamt 7 Tagen führen nicht zur Verlängerung der Bearbeitungszeit. Bei Erkrankungen hat der Kandidat ein ärztliches Attest, in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Gutachten, vorzulegen. Studienunterbrechungen durch Feiertage führen nicht zur Verlängerung der Bearbeitungszeit. Eine Verlängerung der Abgabefrist durch Krankheit oder Umstände, die vom Prüfungsausschuss als nicht vom Kandidaten zu vertreten anerkannt werden, ist um max. 4 Wochen nach Ablauf der Bearbeitungsfrist der Masterarbeit möglich. Danach ist die Arbeit abzubrechen. Sie gilt dann als nicht begonnen.

§ 19 – Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist fristgemäß in dreifacher Ausführung und zusätzlich einmal in digitaler Form im Sekretariat des Institutes für Europäische Urbanistik einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, dass er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen, Hilfsmittel und Berater hinzugezogen hat. Bei Gruppenarbeiten ist der Eigenanteil zu kennzeichnen.

(3) Die Verteidigung (mündliche Prüfung) der Masterarbeit ist öffentlich. Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag der Prüfungsausschuss.

(4) Die Masterarbeit ist in einer mündlichen Prüfung von ca. 45 Minuten Dauer zu verteidigen, davon sind etwa 20 Minuten für einen Kurzvortrag des Kandidaten vorgesehen.

(5) Die Bewertung der Masterarbeit sowie deren Verteidigung ergibt sich jeweils aus dem arithmetischen Mittel der von den Prüfern vergebenen Noten. Die Einzelbenotung erfolgt in ganzen Noten mit einer Dezimalstelle. Die Note für die Verteidigung geht mit 30 %, die der Arbeit mit 70 % in die Endnote des Mastermoduls ein. Über diese Bewertung wird ein Protokoll gefertigt.

(6) Die Masterarbeit wird gemäß § 48 ThürHG Abs. 4 von mindestens zwei Prüfern bewertet. Der Erstprüfer soll ein Hochschullehrer der Bauhaus-Universität Weimar sein.

(7) Die Begutachtung und Bewertung der Masterarbeit soll spätestens vier Wochen nach Einreichen der Arbeit erfolgt sein.

(8) Bewertet ein Gutachter die Arbeit mit "nicht ausreichend", so ist vom Prüfungsausschuss das Gutachten eines dritten Gutachters, der Hochschullehrer sein muss, einzuholen. Bewertet dieser die Arbeit ebenfalls mit "nicht ausreichend", gilt die Arbeit als "nicht bestanden". Bewertet er die Arbeit mit mindestens "ausreichend", ist die Arbeit bestanden. In jedem Fall sind alle Gutachten schriftlich zu erstatten.

(9) Die Masterarbeit ist Eigentum des Kandidaten. Die Bauhaus-Universität Weimar erhält das Recht, die Masterarbeit in Teilen oder vollständig für eigene, nichtkommerzielle Zwecke der Lehre und Forschung, unter Nennung des Verfassers, zu verwenden und zu veröffentlichen. Die urheberrechtlichen Ansprüche des Verfassers bleiben im Übrigen unberührt.

§ 20 – Wiederholung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit kann bei "nicht ausreichenden" Leistungen einmal wiederholt werden. Hierbei ist eine Rückgabe des Themas der Masterarbeit gemäß § 18 Abs. 5 nur zulässig, wenn der Kandidat bei der Anfertigung seiner ersten Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(2) Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

§ 21 – Zeugnis und Masterurkunde

(1) Über die bestandene Master-Prüfung erhält der Prüfungskandidat, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(3) Die Bauhaus-Universität Weimar stellt ein Diploma Supplement (DS) in englischer und deutscher Sprache aus.

(4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Master-Prüfung erhält der Prüfungskandidat die Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Mastergrades beurkundet. Die Masterurkunde und das Zeugnis werden vom Dekan der Fakultät und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen. Urkunde und Zeugnis werden zweisprachig (deutsch/englisch) erstellt.

§ 22 – Ungültigkeit von Modulprüfungen und der Master-Prüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Note der Prüfungsleistung entsprechend berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die betreffende Modulprüfung für "nicht ausreichend" oder die Master-Prüfung für nicht bestanden erklärt werden. Entsprechendes gilt für die Masterarbeit.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Modulprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat darüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Modulprüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis sind auch die Urkunde und das Diploma Supplement einzuziehen, wenn die Master-Prüfung aufgrund einer Täuschung für "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

§ 23 – Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

§ 24 – Widerspruchsverfahren

(1) Alle belastenden Entscheidungen nach dieser Ordnung sind schriftlich zu erteilen, zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

(2) Gegen Entscheidungen gemäß Abs. 1 steht dem Betroffenen das Recht des Widerspruchs zu. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats ab Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich oder mündlich zur Niederschrift beim Prüfungsausschuss zu erheben. Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, erlässt der Dekan den Widerspruchsbescheid. Dieser ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

(3) Im Falle eines Ablehnungsbescheides steht dem Betroffenen der Klageweg zu den Verwaltungsgerichten offen.

§ 25 – Gleichstellungsklausel

Status- und Funktionsbezeichnungen nach dieser Ordnung gelten gleichermaßen in der weiblichen wie in der männlichen Form.

§ 26 – Inkrafttreten

(1) Diese Ordnung tritt am 1. Tag des auf ihre Bekanntmachung in den Mitteilungen der Bauhaus-Universität Weimar folgenden Monats in Kraft.

(2) Sie findet erstmals auf die Studierenden Anwendung, die zum WS 2018/19 immatrikuliert werden.

Fakultätsratsbeschluss vom 14. Februar 2018

Prof. Dipl.-Ing. Dipl.-Des. Bernd Rudolf
Dekan

Die Satzung ist genehmigungsfähig.

Dipl.-Jur. Rainer Junghanß
Justitiar

genehmigt
Weimar, 4. April 2018

Prof. Dr. Winfried Speitkamp
Präsident

Anlage 1: Studienplan für den konsekutiven Masterstudiengang European Urban Studies

| | 1. Semester | 2. Semester | 3. Semester | 4. Semester |
|---------------|---|---|--|----------------------------|
| Pflichtmodule | European Cities V: European Cities I S: Introduction to European Cities 6 Academic Development Ü: Research Methods 3 Urban and Landscape Planning V: Research in Urban Design & Planning S: Urban Design S: Urban Planning S: Urban Landscapes 12 Urban Sociology V: Urban Sociology S: Urban Sociology 6 | European Cities S: European Cities II S: Spatial Planning 6 Academic Development Ü: Research Design 3 Study Project 12 Sprachkurs² 3 | Guided Research Project in Europe FP: Research Project S: Project Supervision 30 | Master thesis 30 |
| Wahlmodule | Vorlesung / Seminar / Übung¹ 9 | | | |

V - Vorlesung S - Seminar Ü - Übung FP - Forschungsprojekt

¹ Lehrveranstaltungen aus den Masterprogrammen aller Fakultäten der Bauhaus-Universität Weimar oder anderer Thüringer Hochschulen.

² Sprachkurs in einer europäischen Sprache (außer Englisch)